



# Unverantwortlicher Stellenabbau bei der Landespolizei

Bei extremer Dauerbelastung und anwachsenden Aufgaben ist in den Augen so mancher Politiker die Polizei offenbar trotz „schlechter Fütterung“ noch immer eine „ Eierlegende Wollmilchsau“. Eine gefundene Quadratur des Kreises oder nur unehrlich und entsetzlich dumm?

„Der Staat darf sich seiner Verantwortung gegenüber den Staatsbürgern nicht entziehen.“

Mit diesen deutlichen Worten hat zu Anfang dieses Jahres der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Regierungen von Bund und Ländern aufgefordert, eine neue Balance im staatlichen Handeln zu finden. Der Abbau öffentlicher Leistungen einerseits und die politische Einmischung in funktionierende Systeme wie der Tarifpluralität andererseits seien nicht geeignet, die Funktionsfähigkeit des Landes zu sichern. In der Bundesrepublik sei zudem die solidarische Fi-

nanzierungslast immer unausgewogener verteilt. Dazu führte er weiter aus: Bedenklich sei diese Belastung der Bürger auch, weil diese gleichzeitig mit immer mehr Aufgaben alleingelassen würden. Sinnbildlich dafür sei die Diskussion über Maßnahmen gegen die Zahl der Wohnungseinbrüche durch Mindeststandards für den Einbruchsschutz in Bauverordnungen oder die steuerliche Absetzbarkeit von Ausgaben für die Wohnungssicherung. Der Schutz vor Wohnungseinbrüchen sei nicht Aufgabe des Bauordnungs- oder des Finanzamtes, dazu brauchen wir genügend Polizei. (Die polizeiliche Kriminalstatistik weist für das Jahr 2012 bundesweit etwa 110 000 Wohnungseinbruchsdiebstähle aus, 2013 waren es circa 150 000 Fälle.)

Diesen schlichten Tatsachen wäre eigentlich nichts hinzuzufügen. Doch stattdessen bauen viele Bundesländer sogar polizeiliche Personalstärken deutlich ab, und Schleswig-Holstein macht munter mit.

Dieser Stellenabbau soll erfolgen trotz der in den vergangenen Jahren tätigen zahlreichen Arbeitsgruppen und deren mehr als vernünftigen, selbstkritischen Untersuchungen. Mehrfach bewiesen die Ergebnissen das Wissen um die Existenz einer „strategischen

Lücke“ (Personalfehlbestand von mindestens 160 Stellen zur Bewältigung längst bestehender Pflichten). Diese Erkenntnis musste dennoch schwer erkämpft werden und findet spät (vermeintliche) politische Anerkennung. Die berechtigte Forderung ist zurückhaltend genug, denn tatsächlich fehlt Personal schon heute in deutlich anderen Größenordnungen und die Aufgaben wachsen in Umfang und Tiefe beständig weiter.

Zur Haushaltssanierung sei aber eine Beteiligung der Polizei geboten – basta! Notwendige politische Gestaltung der Probleme der inneren Sicherheit – Fehlanzeige! Vermeintlich notwendig sei ein sogenannter Stellenabbaupfad. Moderat nennt das der Innenminister, Andreas Breitner. Schließlich seien von den zunächst bestimmten etwa 290 Stellen jetzt „nur“ noch 122 abzuliefern. Das schwäche die Polizei nicht bei ihren Kernaufgaben, Einsatz und Ermittlungen, so Breitner. Doch die selbsternannte Definitionshoheit über derlei Begriffsinhalte wird zur Bewältigung wirklicher Probleme allein kaum helfen. Ähnlich akzeptierend kommentierten das auch viele Journalisten mit Überschriften wie „Geteiltes Leid ist halbes Leid“ – denn andere Teile der Landesverwaltung müssten auch abbauen.

Als ob es um derartige Plattitüden ginge und nicht um weniger Leistungsvermögen der Landespolizei für die Sicherheit der Bevölkerung dieses Landes.

„Nur noch 122?“ Nochmals: Es fehlen bereits heute mindestens 160 Stellen und es sollen trotzdem noch weitere 122 eingespart werden! Meine Rechnung ergibt dann ein Fehlzahl von mindestens 282 Stellen und die Aufgaben wachsen noch.

Erschwerend dazu haben nämlich die drei zur Thematik eingesetzten Arbeitsgruppen letztlich sogar den klaren Auftrag, 122 „plus X“ freizusetzen Stellen zu identifizieren sowie die Entscheidung darüber vorzubereiten. Dieses „X“ soll zur Bewältigung neuer beziehungsweise neu zu gewichtender Aufgaben (beispielsweise Cybercrime) herangezogen werden. So werden aktuell offen 60 Stellen genannt! Werden es noch mehr? Wahrscheinlich ja. Dass der den drei Arbeitsgruppen konkret vorgegebene Stellenabbau bei der ohnehin schon personal-schwachen Wasserschutzpolizei (in einem Land mit zwei langen Küsten und enormen Personen- und Güterschiffverkehrsmengen von und nach Skandinavien sowie dem verkehrsreichsten Kanal der Welt) als hoch problematisch zu bezeichnen ist, ist klar.

## Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

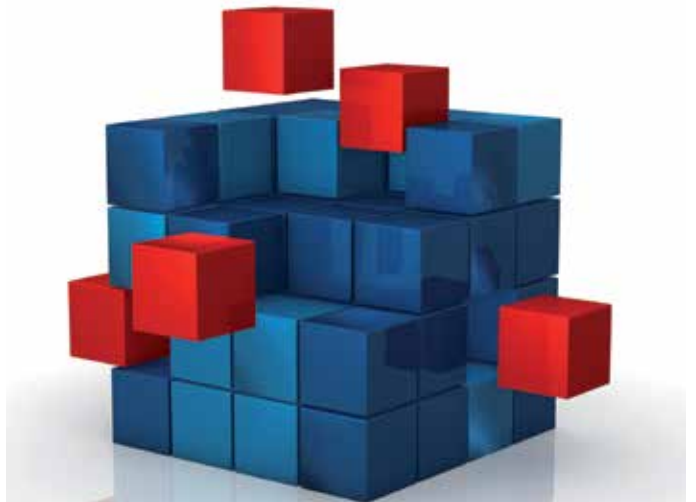
Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
Fotos: Th. Nommensen  
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpulg.sh](http://www.facebook.com/dpulg.sh)



ISSN 0937-4841





Dass der Abbau bei der spezialisierten Verkehrsüberwachung aus fachlicher Bewertung ohne weitere erhebliche Beeinträchtigung die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung gar nicht möglich ist, versteht sich von selbst.

Und dass eine Verlagerung erforderlicher Leistungen der IT-Technik nach außen zumindest schwierig wäre und wahrscheinlich neue Probleme und Kosten schaffen würde sei hier nur ergänzend erwähnt.

Dies ist sowieso nicht nur jedem Fachmann klar – eigentlich! Dieser Umsetzungsauftrag an die höchste Polizeiführung ist eine kaum noch erträgliche Zumutung. Doch das Primat der Politik ist bekannt – verantwortliches Handeln aber auch. Es ist eine Aufgabenstellung, die man erledigen muss, wenngleich sie fachlich keinesfalls zu vertreten ist. Und würde das alles nicht kosten? Gemeint ist aber nicht die ausschließlich pekuniäre Bewertung. Insgesamt ist es eine sonderbare Managermathematik, die fachlich-logisch kaum nachvollziehbar ist. Dabei ist Schleswig-Holstein ein Bundesland mit schon heute vergleichsweise äußerst geringen Aufwendungen für Belange der öffentlichen Sicherheit: dritter Platz bei der Polizeidichte und erster Platz bei den Ausgaben für die innere Sicherheit – nur leider jeweils von hinten in der Rangliste betrachtet! Diese Satire sei an dieser Stelle erlaubt.

Sparzwang kann und darf nicht bedeuten, absolut zwingende Aufgaben des Staates aufzugeben oder zu vernachlässigen. Damit gäbe dieser sich letztlich selbst auf. Im Übrigen ist der wiederholt dargestellte unbedingte Sparwille bei anderen politischen Zielen kaum spürbar!

Politik in Schleswig-Holstein baut offenbar weiter stets und

ständig allein darauf auf das äußerst engagierte Selbstverständnis, das entsprechende besondere Engagement, das im großen Maße vorhandene Improvisationsvermögen, die stete Eigenmotivierung und eine unbegrenzte Leidenschaftlichkeit von Polizeibeamten setzen zu können. Die werden das auch zukünftig schon alles wie bisher noch leisten, so offenbar die Annahme. Politik bräuchte weiter wenig zu tun. Wahrscheinlich sollten die Bürger endlich einmal für innere Sicherheit auf die Straße gehen! Denn eine „eierlegende Wollmilchsau“ gibt es nur in der Fabel. Sogar unser selbst-aufgelegtes Polizisten-Selbstverständnis und unsere Einstellungen zur unbedingten Pflichterfüllung haben natürliche Grenzen. Und diese sind überschritten!

Wenn dann die derzeitige Opposition im Landtag (insbesondere die CDU) vieles endlich richtig darstellt sowie plötzlich das Richtige fordert, ist das leider nicht nur wenig überzeugend, kaum verlässlich und für mich persönlich sogar teilweise unehrlich und dumm. Denn dass das vorher, in der Regierungsverantwortung, nicht ebenso klar und bewusst war, ist kaum vorstellbar. So wurde beispielsweise der Abbau von ländlichen Polizeistationen, gegen den jetzt zu Recht „Sturm gelaufen wird“, zu Zeiten von Klaus Schlie als Innenminister eingeleitet. Polizeiliche Präsenz und Bürgernähe bedeuten jedoch deutlich mehr, als dass irgendjemand kommt, wenn er im Notfall gerufen wird, gelegentlich mal eine Doppelstreife über Land fährt oder gar Sprechstunden angeboten werden. Den Bürgern dieses Landes gegenüber vertretbare polizeiliche Präsenz sähe anders aus. Ich bin nicht sehr bibelfest, aber irgendwie erinnert mich das an „vom Saulus zum Paulus“ – und das scheint

mir auch jederzeit wieder andersherum möglich zu sein.

Staatlich zu gewährleistende innere Sicherheit ist ein für die gesamte Gesellschaft viel zu bedeutsames Gut und in keiner Weise geeignet, die Fahne in den Wind zu hängen.

Das gilt für „rot, schwarz, gelb, grün und ...“. Allein effektive Lippenbekenntnisse von Zeit zu Zeit, sei es von Herrn Kubicki und anderen, helfen weder uns noch der anvertrauten Bevölkerung. Dass eine sich selbst PIRATEN (gleich Seeräuber) nennende Partei Schwierigkeiten mit Polizei und staatlicher Aufgabenwahrnehmung zu haben scheint – damit hingegen könnte man wahrscheinlich leben.

Die DPolG fordert eine gemeinsame, andauernde und seriöse Verantwortungswahrnehmung für die innere Sicherheit ein, aktuell minimal die Rücknahme des beabsichtigten Stellenabbaus! Polizeiliche Kräfte sind am Ende. Die Politik

kann das zwar schönreden – helfen wird es jedoch nicht.

Geschieht keine Rücknahme des Stellenabbaus, wäre unausweichlich ein schmerzhafter „Aufgabenabbaupfad“ zu betreten. Ein Weg, den niemand wollen und verantworten kann.

Wenn wir wieder deutlich mehr Tote und Verletzte im Straßenverkehr erleben müssen, wenn fahrende Trinker/trinkende Fahrer und „gefährlich tickende Zeitbomben“ im Schwerlastverkehr nicht mehr aus dem Verkehr gezogen werden können, wenn die Bevölkerung bisher gewohnte polizeiliche Präsenz und Ansprechbarkeit vermisst, dann sage bitte niemand, er habe das nicht gewusst!

Einmal im Jahr ein angekündigter „Blitz-Marathon“ und Ähnliches wären dann nur noch Aktionismus und pure Makulatur!

*Jochen Einfeldt,  
stellvertretender  
Landesvorsitzender*

## > Vorankündigung

### Landesdelegiertentag der DPolG Schleswig-Holstein am 3. November 2014 in Kiel

Der Landesverband der DPolG Schleswig-Holstein führt am 3. November 2014 seinen Landesdelegiertentag im „Hotel Kieler Yachtclub“, Kiellinie 70 (vormals Hindenburgufer), 24105 Kiel, durch.

Innenminister Andreas Breitner hat bereits seine Teilnahme an der Veranstaltung zugesagt. Daneben werden weitere Landespolitiker aus Regierung und Opposition sowie der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt zu einer moderierten Podiumsdiskussion über Themen zur inneren Sicherheit und Polizei erwartet.

Auf der Tagesordnung steht weiterhin die Neuwahl des Landesvorstandes.

Die DPolG-Kreisverbände entsenden Delegierte für die Teilnahme an dem höchsten Gremium des Landesverbandes. Mitglieder, die Interesse an einer Teilnahme haben, können sich an ihre Kreisverbände oder die DPolG-Geschäftsstelle in Kiel (Mail: dpolg-sh@t-online.de, Telefon: 0431.2109662) wenden. Anträge zur Tagesordnung können ebenfalls rechtzeitig an die Geschäftsstelle gerichtet werden.

Für die Teilnahme am Landesdelegiertentag wird gemäß Sonderurlaubsverordnung ein Tag Sonderurlaub vom Dienstherrn gewährt. Für das leibliche Wohl auf der Veranstaltung ist gesorgt.

Nähere Informationen erfolgen per E-Mail-Newsletter an die Mitglieder.

*Der Landesvorstand*

# Projekt zur Erhebung des Stimmungsbildes in der Polizei

Von Stefan Burszy, Kreisverband Lübeck-Ostholstein

Weil Anfang des Jahres vereinzelt Kritik an Landespolizeidirektor Ralf Höhs und den Abteilungsleiter IV 4 im Innenministerium, Ministerialdirigenten Jörg Muhlack, hergetragen wurde, entstand die Idee zur Erhebung eines Stimmungsbildes.

Landespolizeidirektor Höhs war es dabei wichtig zu erfahren, wieweit diese Einzelmeinungen die allgemeine Stimmung im Schwerpunkt- und Wechselschichtdienst insgesamt darstellen.

Kriminalrätin Juliane Bohrer, die im Landespolizeiamt (LPA 123) für die methodische Beratung der Landespolizei verantwortlich ist, wurde beauftragt, mittels moderierter Workshops dieses Stimmungsbild zu erforschen und Transparenz herzustellen.

Die Workshops fanden Mitte Mai im Polizeizentrum Kiel statt. An jedem Workshop nahmen jeweils 40 bis 50 Kolleginnen und Kollegen des Wechselschichtdienstes (Schutz-, Kriminal- und Wasserschutzpolizei) sowie des Schwerpunktdienstes der Polizeidirektionen teil.

Die Erhebung wurde realisiert mittels einer Kartenabfrage mit anschließender Diskussionsmöglichkeit zu folgenden Themen:

- > Allgemeine Anerkennung/Wertschätzung
- > Belastungssituationen
- > Gewalt gegen Polizeibeamte
- > Karriereperspektiven/Einkommenssituation
- > Vermittlung von Führungsentscheidungen

Die Auswahl der Teilnehmer sollte die jeweilige Polizeidirektion annähernd repräsentativ abbilden. Ein zentrales Kriterium für die Auswahl war die Eigeninitiative sowie Freiwilligkeit, da sich jeder im Rahmen der Moderation einzubringen hatte und jeder diesen Workshop als Chance zur Mitwirkung verstehen sollte.

Um die Stimmung möglichst authentisch wahrnehmen zu können, waren die Behördenleitungen sowie Vertreter der Abteilungen 1, 3 und 4 des LPA eingesetzt, um die Moderation der Arbeitsgruppen der Workshops zu übernehmen.

Am zweiten Workshop habe ich als Vertreter des Polizeiautobahnreviers Scharbeutz der Polizeidirektion Lübeck teilgenommen. Obwohl die Terminierung des gesamten Projektes knapp war, hatte ich den Eindruck, dass es mit leichten Abstrichen gelungen war, die Erhebung wie geplant durchzuführen. Bei der repräsentativen Auswahl musste man sich mit einer bestmöglichen Annäherung begnügen.

Die Gruppenarbeit bestand zunächst aus einem „Brainstorming“ zu den Themenblöcken. In fünf Minuten galt es, den Gedankensturm auf Karten zu bannen und an eine Pinnwand zu heften. Unklarheiten wurden anschließend erläutert. Meine Gruppe hatte sich aktiv beteiligt und offen über Meinungen und Gefühlslagen berichtet.

Anschließend kamen die Gruppen zusammen und stellten

ihre Ergebnisse vor. Die Teilnehmer erhielten abschließend die Möglichkeit, durch Aufkleben von Punkten eine Priorisierung durchzuführen.

An Juliane Bohrer und Rudolph Gaspary (beide LPA) ging die Aufgabe, jede einzelne Karte auszuwerten. Ab Ende Juni 2014 sollten die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Mein Eindruck ist, dass diese Workshops tauglich sind, ein Stimmungsbild zu erheben. Es ist aber eine sehr aufwendige Methode.

Die Polizeiführung sollte jetzt sehr detaillierte und wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die Stimmungslage der Kollegen des Wechselschichtdienstes und Schwerpunktdienstes haben. Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse gibt es für absehbare Zeit nur noch Entscheidungen der Polizeiführung mit dem vollen Bewusstsein der Stimmungslage zu diesen fünf Themen.

Diese Situation mag der Landespolizeidirektor Ralf Höhs gemeint haben, als er in seinen einleitenden Worten zum zweiten Workshop erklärte, dass die Polizeiführung ein Risiko eingehen würde, wenn dieser Workshop ergebnisoffen durchgeführt wird.

Agiert die Polizeiführung gegen die Erkenntnisse dieser Erhebung, dann müsste die Arbeitsebene zu Recht annehmen, dass sie von der Führung nur unzureichend wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Die Arbeitsebene



> Landespolizeidirektor Ralf Höhs

ne hätte dann die fundierte Erkenntnis und nicht nur das Gefühl, die Führung der Landespolizei plane bei verschiedenen Problemstellungen an der Arbeitsebene vorbei.

Uns, der Mitarbeiterschaft der Landespolizei, ist bewusst, dass es kein Füllhorn gibt, mit dem sich jedes Problem beseitigen lässt. Es bleibt zu hoffen, dass es gelingt, mit dieser Erhebung zu erkennen, wo mit einfachen Mitteln Abhilfe geschaffen werden kann.

Die Polizei in Schleswig-Holstein soll nach dem Kooperativen Führungssystem (KFS) geleitet werden, Elemente dieses Systems sind Transparenz und Beteiligung. Unser Landespolizeidirektor lebt mit dieser Erhebung das KFS, und ich sehe die Möglichkeit, für alle damit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die festgestellte Stimmungslage zu missachten, wäre fatal. ■



## dbb stellt Seniorenarbeit neu auf

Der dbb beamtenbund und tarifunion, Landesbund Schleswig-Holstein, stellt die Seniorenarbeit auf neue Füße und reagiert damit auf die demografische Entwicklung.

Man trägt der neuen Satzung Rechnung und wird neben den Frauen- und Jugendvertretungen die Seniorenvertretung als weitere Säule aufbauen.

Bisher sollten eigentlich die Kolleginnen und Kollegen nach ihrer Pensionierung von ihren Fachgewerkschaften in den Bund der Ruhestandsbeamten wechseln. Das geschah jedoch bundesweit immer weniger,

sodass der dbb eben mit dieser neuen Konstruktion reagierte.

Die dbb Landesbundvorsitzenden Anke Schwitzer und Kai Tellkamp machten im einberufenen Seniorenkonvent deutlich, dass die Landesregierung die Versorgungsempfänger nur als eine Last ansehen und die ständige Gefahr droht, dass in diesem Bereich Einschnitte vorgenommen werden.

Da wären zum Beispiel konkret die Abkopplung der Pensionen von der Entwicklung der Beamtengehälter und die Herabsetzung des Höchstsatzes zu nennen.

So wird vermutlich im September auf einem Landessenorenkongress die neue Landessenorenvertretung ins Leben gerufen werden.

Damit bekommt der dbb ein weiteres Instrument, um die Probleme der Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand zu benennen und dagegen vorzugehen. Auch kann man so auf die

Erfahrungen der „Alten“ besser zurückgreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein starkes Signal, dass wir Ruheständler nicht abgeschrieben sind und man sich noch intensiver kümmern wird.

Auch wir wollen unserer Stimme Ausdruck verleihen – das können wir hier!

Aus diesem Grunde appelliere ich an Euch, der DPoIG auch im Ruhestand die Treue zu halten!

*Ernst Meißner*

## Gewaltausbruch gegen Polizeibeamte in Lübeck – verletzte Kollegen/-innen bei Widerstandshandlungen

Am 7. und 8. Juli berichteten die regionalen Print- und Onlinenachrichten in Lübeck (Lübecker Nachrichten und [www.hl-live.de](http://www.hl-live.de)), dass es in Lübeck am zurückliegenden Wochenende wieder einmal mehrere verletzte Polizeibeamte durch Widerstandsdelikte gegeben habe.

So seien alleine bei den massiven Widerstandshandlungen durch einen einschlägig bekannten Mann im Stadtteil Lübeck-Marli vier Beamte verletzt worden.

Zudem seien durch Widerstandshandlungen, welche ebenfalls durch einen hierfür bekannten renitenten Gewalttäter und Widerständler begangen wurden, an der Falkenwiese nur einen Tag später erneut zwei Beamte so schwer verletzt worden, dass sie nicht mehr dienstfähig waren.

In negativer und erschreckender Art und Weise sticht dann auch dieser Fall hervor:

Eine 44-jährige Kollegin ist durch massive Schläge, Tritte sowie Reißen in den Haaren und einem Würgeangriff erheblich verletzt worden. Als ihr Streifenkollege zu Hilfe kam, wurde auch der so schwer verletzt, dass er nach erheblichen Prellungen und Brüchen nicht mehr dienstfähig war. Das Überwältigen des Widerständlers gelang dann schlussendlich nur durch zwei hinzukommende Passanten, die den bereits Verletzten und in Not befindlichen Beamten zu Hilfe kamen und tatkräftig mit anpackten.

Hut ab vor der Zivilcourage – zumal in einer Zeit, in der in zunehmendem Maße es „Volks-

sport“ zu werden scheint, Polizeibeamte zu beleidigen, bedrohen oder (sei es bei Demonstrationen, auf der Hamburger Schanze oder im täglichen Dienst) körperlich anzugreifen.

Schlimm und erschütternd ist demgegenüber die Erkenntnis, dass es neben den zahlreichen passiven Schaulustigen bei dieser Straftat ein paar andere Menschen sogar vorzogen, mit ihren Handykameras Fotos und Videos von den Widerstandshandlungen zu machen, um sich später an diesen zu ergötzen oder gar ins Internet zu stellen!

Die DPoIG wünscht allen verletzten Kolleginnen und Kollegen gute Besserung!

Damit alleine ist es aber nicht getan. Denn es muss auch vonseiten der Justiz Schluss damit sein, Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte als Bagatelldelikte abzutun und das entsprechend durch teils er-

schreckend milde Strafen zum Ausdruck zu bringen!

Wer Polizeibeamte angreift, der greift den Staat an und stellt das Gewaltmonopol des Staates infrage! Gewalt gegen Polizeibeamte muss klar sowie ohne Wenn und Aber geächtet werden!

Das muss nicht nur in Sonntagsreden von Ministern oder sonstigen Politikern gelegentlich zum Ausdruck kommen, sondern muss sich auch im Strafmaß vor Gericht endlich deutlicher ausdrücken.

Gleichwohl ist es natürlich richtig, dass auch der neue Landespolizeidirektor Ralf Höhs das bereits von seinem Amtsvorgänger Burkhard Hamm begonnene Projekt zur (polizeiinternen) Bekämpfung von Gewalt gegen Polizeibeamte vorantreibt.

Man darf hier auf die Ergebnisse und daraus resultierenden Maßnahmen gespannt sein.

*Thomas Nommensen*